



## BUNDESPRÄSIDENT GAUCK

### Wulff ist gegangen – Gauck kommt – „Staatskrise“ abgewendet

Der große Zapfenstreich ist vorbei, Wulff ist entsorgt, jetzt muss der Gegenentwurf zum Wulff ran. Der Neue ist nicht wegen irgendeines Bedarfs des Volks ins Amt gekommen und auch nicht gemäß der Erwartungen der Öffentlichkeit an einen würdigen Repräsentanten. Die Politik bestellt sich einen, den sie für geeignet hält und den sie Volk und Öffentlichkeit dann als passenden Amtsinhaber für Deutschlands höchstes Staatsamt präsentiert.

Worin die demokratische Eignung des neuen Bundespräsidenten besteht, ist in diesem Fall klar wie selten: seinen amtlichen Befähigungsausweis erhält er durch die Berechnungen der um die Macht konkurrierenden Parteien.

Die einen profilieren sich, wenn „ihr“ Gauck es jetzt doch schafft, die anderen müssen einknicken, um einen ersten Koalitionskrach zu vermeiden. Das alles wird von der teilnehmenden Öffentlichkeit auch gar nicht übersehen, sondern im Gegenteil ausführlich besprochen. Sobald die Einigung dann auf dem Tisch ist, wird aus dem Produkt des Parteiengetzäns schlagartig das Musterbild von Überparteilichkeit und staatsmännischer Verantwortung. So ist Gauck zu seiner Eignung und zu Amt und Würden gekommen. Das ist demokratisch sachgerecht und diskreditiert weder ihn noch das Amt noch die, die ihn dazu bestimmen. Die Öffentlichkeit goutiert mit kennerischem Interesse die parteipolitischen Winkelzüge und die Intrigenwirtschaft bei seiner Kür und wer da wen über den Tisch gezogen hat.

Allerdings lässt sie es dabei nicht bewenden, sondern liefert ihren eigenen Eignungstest nach. Dem obersten Stellvertreter der Nation gebührt Verehrung, die soll ihm das Volk auch entgegenbringen. Nur: Damit er sie verdient, hat er als Person auch „integer“ zu sein, d.h. er soll Abbild des Volks sein – so, wie ein gutes Volk eben beschaffen ist. So ein Volk lebt nicht in Luxus und von ungerechtfertigter Vorteilsnahme und es stellt keine unredlichen persönlichen Berechnungen an; es lebt vielmehr redlich, bescheiden und fleißig. Und als solches hat es saubere Politiker verdient, die diese Tugenden, also Anstand, so wie ihn das Volk versteht, auch repräsentieren. Das gilt natürlich ganz besonders für den ersten Mann im Staat, der die oberste Instanz für politische Moral im Lande ist. Der muss gleich in seiner ganzen Art stellvertretend vorleben, dass diejenigen, die das Land führen, selbstlose Diener des Staates und damit ihres Volkes sind und nur ihre Pflicht erfüllen. An so einem Präsidenten wird abgeprüft, ob er die Tugenden verkörpert, die ein Volk von seinen Führern einfordern kann, um ihnen zu vertrauen. Das heißt umgekehrt aber auch: Welche Tugenden ein anständiges Volk an den Tag zu legen hat.

Ist der Neue nun ein würdiges Abbild des moralisch integren Volkes?

Für BILD ist die Sache klar:

„... Präsident der Herzen – Jetzt gauckt's los – endlich bekommen die Deutschen ihren Wunsch-Präsidenten...“

Die BILD-Zeitung hat den falschen Würden-träger aus dem Amt getrieben. Also hat sie, und damit das Volk, sich jetzt den neuen und richtigen erkoren. Als hätte das von deutscher Stand-ortpolitik gebeuteltes Volk ausgerechnet auf einen Präsidenten gewartet, der ihm „raus aus der Hängematte der Glückserwartung durch Genuss und Wohlstand“ ins Stammbuch schreibt. Ein Mann, der mit seiner ganzen Biographie als Ex-DDRler dafür steht, dass man dem neuen vereinten richtigen Deutschland gefälligst dankbar zu sein hat für alles, was es einem an freiheitlicher Verarmung und nicht-verstaatlichten Banken beschert, statt sich dauernd zu beschweren. BILD weiß: Gauck ist der Mann des Volkes, genau sein demokratisch-patriarchalisches Abbild. Also das

Gegenteil von diesem Wulff, unter dem es das Volk kaum ausgehalten hat.

Die Medien für die klügeren Köpfe im Land jubeln nicht bloß, sondern veranstalten jetzt erst recht die „Deutschland-sucht-den-Super-Präsidenten-Show“. Im Verlauf ihrer Herumkritisierung an Wulff ist das Anspruchsniveau von

Er soll die Güte der Macht zur Anschauung bringen, ohne selbst Macht auszuüben

Spiegel, SZ & Co enorm gestiegen – und deswegen erscheint das Amt als schier untragbare Bürde für den neuen Mann:

„Das schwierigste Amt ... Die Erwartungen sind fast ins Unermessliche gewachsen... Der Bundespräsident soll eine Art Staatsheld sein...“

Aber der neue Mann kriegt erst mal ein Plus: Er ist integer und prinzipienfest, überparteilich, und antikommunistisch und war ja schließlich schon als Chef der Stasiaufdeckungsbehörde ein ausgewiesener Anwalt des freiheitlichen Gemeinschaftsgeistes der neuen Republik. Als Ex-Pfarrer beherrscht er gewiss die „Kraft des Wortes“ wie kein anderer. Und darauf kommt es bei einem Amt ja schließlich an, das die Güte der Macht zur Anschauung bringen soll, ohne selbst Macht auszuüben.

Aber einfach vorsetzen lassen sie ihn sich nun auch wieder nicht. Weil sie ihn nicht vorher prüfen und für gut befinden durften, kommen auch ausnehmend kritische Töne auf. Integer, ja sicher. Aber ist er wirklich der bürgerrechtlichen Vorkämpfer gewesen, als der er sich stilisiert? Wortgewaltiger Prediger, ja schon. Aber ist seine Wertevorstellung von Freiheit nicht viel zu unkritisch, wenn er „Finanzmärkte verteidigt“, „für Überwachung der Linken“ eintritt, „gegen Hartz-IV- und Stuttgart-21-Proteste“ anredet, „Occupy einfach albern“, findet und „auch soziale Gerechtigkeit nicht sein Lieblingsthema“ ist? Fehlt da nicht die kritische Distanz zu der einen oder anderen bedauerlichen Erscheinung im Lande. Das Bedauern über die unvermeidlichen Härten des politischen Geschäfts gehört schließlich auch zum Präsidentenamt, und die passenden Ermahnungen an die politischen Zuständigen, sich fürsorglich darum zu kümmern, dürfen nicht fehlen.

Aber andererseits: Übt er nicht viel zu viel kritische Distanz gegenüber unserem Staat? Ist sein Begriff von Freiheit nicht zu sehr von der DDR-Erfahrung geprägt und nicht zu einseitig gegen staatliche Bevormundung gerichtet? Redet er mit seinen pastoralen Predigten die Härten und Ungemütlichkeiten des politischen Getriebes, ohne die verantwortliche Politik nun einmal nicht geht, nicht schlecht? Schwingt er sich also nicht zum überheblichen Richter über das praktische politische Geschäft der Macht auf – wo er das mit verständnisvollen Mahnungen nicht herabsetzen, sondern moralisch ins Recht setzen soll? Da drohen fatale Folgen: Womöglich „verstärkt“ Gauck „Politikverdrossenheit“, wenn er „Politik als schmutziges Geschäft“ denunziert und damit einer „Krankheit des politischen Idealismus“ verfällt.

► Seite 2

## VORTRAG & DISKUSSION



### PATRIA O MUERTE



„Vaterland oder Tod“

Kubas neuester Aufbruch zum ‚Sozialismus‘ in schwerer Zeit:

Fotografie: (c) www.grallert-wb.de

## Eine Staatsreform in Richtung Drittweltkapitalismus zur Bewältigung des Staatsnotstands

Frankfurt **Mittwoch, 25. April 2012**  
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69  
(Eingang über den Hof)  
Beginn: 19 Uhr

Marburg **Donnerstag, 26. April 2012**  
Kulturladen KFZ, Schulstr. 6  
Beginn: 20 Uhr

Referent: Wolfgang Möhl  
Redaktion GEGENSTANDPUNKT

Eintritt frei!

Im April hat die Kommunistische Partei Kubas radikale Reformmaßnahmen beschlossen: schrittweise Entlassung von bis zu einer Millionen Staatsbediensteten, die sich künftig in der erheblich ausgeweiteten privaten Kleinwirtschaft auf eigene Rechnung durchschlagen sollen; baldige Abschaffung der ohnehin immer armseligeren staatlich garantierten Grundversorgung; Verpflichtung der Betriebe auf gewinnorientierte Produktionsmaßstäbe; mehr Leistungslohnreize und -vorgaben; mehr selbstwirtschaftende Kleinbauern und mehr freier Handel mit den knappen Lebensmitteln... Die staatliche Planung soll vorrangig auf die Entwicklung Devisen bringender Wirtschaftszweige – insbesondere Tourismus und Rohstoffförderung – ausgerichtet und auswärtiges Kapital zum Investieren in diese Bereiche animiert werden...

Diese Reform streicht großen Teilen der Bevölkerung ersatzlos ihre bisherige Reproduktion als nicht mehr länger tragbare staatliche Haushaltslast, verweist das Volk auf privates Wirtschaften und Fertigwerden mit knappen finanziellen wie materiellen Mitteln und richtet große Abteilungen der nationalen Wirtschaft und der staatlich kommandierten Mittel nicht mehr am inneren Bedarf, sondern auf die Erwirtschaftung von Weltmarkterträgen aus. Das alles mit Verweis auf die verheerende Devisennot des Staats und die Belastungen des Staatshaushalts durch seine Gesellschaft sowie deren mangelnde Leistungen für die staatlichen Bilanzen. Dass Kuba in der heutigen imperialistischen Welt die Mittel fehlen, das wirft die Führung sich und ihrem Volk vor – und macht sich an die Rettung des Staats zu Lasten der Bevölkerung. Denn als Hauptschuldigen für die desolate Lage der Ökonomie und der Staatsbilanz hat die kommunistische Partei das Volk ausgemacht, das durch Staatsleistungen verwöhnt und dem Arbeiten entwöhnt

worden sei. Die Führung spart nicht mit Kritik an Schlendrian, Faulheit und Anspruchsdanken der Bevölkerung und macht die staatliche Organisation der Ökonomie für den mangelnden Arbeitseinsatz der Kubaner haftbar, dem die staatlichen Haushaltsnöte geschuldet seien. Das verspricht sie abzustellen und ihre Massen durch ihre Reformen zu mehr Einsatz und Leistung hin zu regieren. Das und die Mobilisierung der nationalen Ressourcen für mehr Weltmarkterfolge soll die Staatsnot wenden. Mit all dem wissen sich die Verantwortlichen dabei immer noch dem ‚Aufbau des Sozialismus in Kuba‘ verpflichtet:

„Wir sind davon überzeugt, dass wir die elementare Pflicht haben, die Fehler zu berichtigen, die wir in fünf Jahrzehnten des Aufbaus des Sozialismus in Kuba begangen haben... Die Maßnahmen, die wir nun anwenden, und alle Änderungen, deren Einführung bei der Aktualisierung des Wirtschaftsmodells notwendig werden, sind darauf ausgerichtet, den Sozialismus zu erhalten, zu stärken und wahrhaftig unwiderruflich zu machen.“ (Rede Raul Castros, 18.12.2010)

Die Kapitulation vor den Sachzwängen eines Weltmarkts, der Kuba inzwischen zum internationalen Schuldenfall gemacht hat, ein staatliches Selbstbehauptungsprogramm, welches das Volk als leistungsunwillige Kostgänger eines allzu freigiebigen Staats in den Blick nimmt, das propagieren die Verantwortlichen also wie selbstverständlich als Rettung des Sozialismus und als neuen Aufbruch in eine bessere sozialistische Zukunft unter Führung einer klüger gewordenen und nach wie vor dem Volk verpflichteten Partei- und Staatsführung.

Für die bürgerliche Öffentlichkeit ist die Sache klar: Wenn Kubas Führung soziale Leistungen dem Staatserhalt opfert und angesichts der Devisennot und der auswärtigen Schulden des Staats beschließt, sich mehr an

► Seite 2



**Gauck ▶** Staatsmännisch besorgter als die Machthaber, die sich bei der Kür ganz andere Gedanken gemacht haben, kümmern sich die einschlägigen Kommentare der seriösen Meinungsbildner also noch einmal ausgiebig um das passende Anforderungsprofil für einen Präsidenten, der perfekt zum Amt passt. Wer kann es ihnen recht machen? Da hatten sie erst ihren aufrechten Köhler, der es mit dem Tadel der Politiker übertrieb. Dann bekamen sie einen Anti-Köhler, selber ein echter Politiker, der aber – aus dem Amtssitz Bellevue heraus betrachtet – es zu gut mit dem Geschäft konnte. Den haben sie deswegen gerade abgeschossen. Und jetzt kriegen sie ihren Anti-Wulff. Einen Sonntagsprediger, konservativ und kritisch zugleich. Und schon wieder stellt sich die Frage, ob er nicht zu nah oder zu fern ist vom irdischen Getriebe. Es ist eine Frage des Geschmacks, wie die Antworten der berufenen Gutachter des Herrschaftspersonals ausfallen, welche Seite der Aufgabe eines Präsidenten sie betonen, der beides zugleich „können“ muss, um sie zufrieden zu

stellen: Er soll ein schönes und zugleich realitäts-tüchtiges Bild der demokratischen Herrschaft in diesem Land vermitteln, also durch die richtige Mixtur von Distanz und Nähe zur harten Welt

### Von wegen „Staatskrise“: Soviel Parteinahme für Staatspropaganda hat das Land selten erlebt

der Konkurrenz um Geld und Macht den demokratischen Bürgern die Güte der Staatsgewalt sinnfällig machen. Er soll deren Wirken im Licht der Ideale dieser Gewalt interpretieren und sie dadurch adeln – ohne sich des politischen Idealismus verdächtig zu machen!

Soviel Parteinahme für eine zugleich volkstümliche und geistvolle, oben wie unten zufriedensstellende Staatspropaganda im Amt wie anlässlich des doppelten demokratischen Präsidentenzirkus hat das Land noch nicht erlebt. Zwischenzeitlich war sogar die Rede von einer „Staatskrise“. Da lachen ja die Hühner. ◀

## ZIVILKLAUSEL

# Mit einer Klausel für den Frieden gegen die „Militarisierung“ der Gesellschaft? – Kein guter Einfall!

Für Frieden sind hierzulande alle. Der gehört bewahrt, geschützt, wiederhergestellt. Darin sind sich Regierung und Opposition, der Verteidigungsminister und seine Bundeswehr, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, die schreibende, moderierende und show-talkende Öffentlichkeit, das arbeitende Volk und die lehrende und studierende Geisteselite der Nation prinzipiell einig. Gerade Vertreter aus letzterer sehen den hohen Wert, um den es allen geht, aktuell in Gefahr, auch und vor allem an den Hochschulen. Da befürchten Professoren ein Eindringen von Unfriedlichem in den Campus, eine dem „Geist der Gründung der Universität sowie dem Auftrag einer Friedensforschung“ widersprechende „Außensteuerung der Universität“ (Hochschullehrer und Wissenschaftler des Bremer Friedensforums); DGB-Hochschulgruppen, ATTAC und linke Friedensinitiativen entdecken eine „Strategie, die Öffentlichkeit auf Kriegskurs zu bringen und für das neue deutsche Selbstbewusstsein zu begeistern“ (Tübinger Aufruf gegen die NATO-Sicherheitskonferenz); vor dem Hintergrund einer Transformation der Bundeswehr „von der Armee zur Landesverteidigung im Kalten Krieg ... zu einer Armee für internationale Einsätze weltweit“ (Bundeswehr-Website) warnen Kritiker vor einer „Militarisierung von Forschung und Lehre“ (IMI Tübingen) und einer „schleichenden Militarisierung der Universität“ (DGB-AK Tübingen). Indizien sind für alle die aufgestockten Bundeswehrafträge „im Wert von 4,6 Millionen Euro an 23 Universitäten“ (taz, 15.06.2011), damit finanzierte, aber nicht ausgewiesene Forschungsprojekte, von einem Rüstungsunternehmen gesponserte Stiftungs-

immer, für den Verdacht, in Deutschland werde der Geist an den Universitäten, aber auch der der Öffentlichkeit und darüber der ganze Rest der Gesellschaft vom bösen Keim der „Militarisierung“ infiziert, und dem wollen die Kritiker mit einer Zivil- oder Friedensklausel den Kampf ansagen:

„Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen“ (Zivilklausel in der Präambel zur Grundordnung der Universität Tübingen). Abgelehnt wird „jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ (Zivilklausel Uni Bremen).

Die kritische Auffassung, in der sie vereint sind, lebt von der prinzipiellen Entgegensetzung von Krieg und Frieden, von der ganz abstrakt gefassten Ungleichheit der Zustände im zivilen Leben und im Kriegsfall, und die Kritiker geben sich darüber besorgt, dass die Trennlinie, die sie derart ziehen, tendenziell verwaschen wird. Diese Parteinahme für den zivilen Normalzustand namens Frieden ist keine gute Antwort auf alles, was man als neue Qualität der Militärpolitik der Republik entdeckt haben will und „Militarisierung“ nennt. Dazu ein paar Hinweise.

1. Wenn in den ‚Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011‘ beispielsweise davon die Rede ist, dass Deutschland „als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente“ einzusetzen gedenkt und dies „auch den Einsatz von Streitkräften“ beinhaltet, dann ist daran eines ganz bestimmt nicht neu: Für genau den Zweck der nationalen Selbstbehauptung, der im Bedarfsfall auch gewaltsamen Durchsetzung eigener Rechte gegen andere Nationen, rüsten sich moderne Staaten, und zwar wirklich nicht erst seit heute. Und wenn in öffentlichen oder offiziellen Stellungnahmen das „neue Einsatzprofil“ der Bundeswehr erör-

**Kuba ▶** Weltmarktbedürfnissen auszurichten und am Volk zu sparen, dann beweist das, wie grundverkehrt sie mit ihrem ganzen Sozialismus immer schon gewirtschaftet und regiert hat. Man macht keinen Hehl daraus, dass die Masse der Bevölkerung in Kuba besser gestellt war und immer noch ist als in den einschlägigen Armenhäusern des Kapitalismus; aber ohne effektives, das heißt kapitalistisches Wirtschaften, ohne freien Zugriff des Dollar- und Eurokapitals auf Kuba, ohne eine Herrschaft, die sich ganz an dessen Interessen und den (Unter-) Ordnungsansprüchen von dessen staatlichen Hütern ausrichtet, kommt ein Land nicht voran. So das zynische Dogma der Begutachter. Sich dagegen 50 Jahre lang gesperrt zu haben, das ist das Vergehen, das sie sicher macht: „Für wirksame Veränderungen ist auch ein Regimewechsel nötig“ (Hamburger Giga-Institut für Lateinamerika-Studien). Und von diesem Anspruch her sind Zweifel angebracht, „dass die von Veteranen beherrschte KP die Wende schafft.“ (SZ, 19.4.) So gesehen sind alle Reformen halbherzig und leisten nicht den wahren Wandel, der fällig ist: die Selbstaufgabe des Regimes und die Selbstschaffung seiner Führung.

Linke Anhänger Kubas halten dagegen mehrheitlich am Vorbild Kubas für den Kampf gegen Armut, Unterentwicklung und

US-Imperialismus fest und dem Land seine schwierige Lage zugute. Sie teilen zumeist kritiklos das Selbstverständnis der kubanischen Führung, mit den Reformen würde darum gekämpft „selbst unter sehr komplizierten Bedingungen den Sozialismus zu erhalten und zu entwickeln“ und die „beispielhaften Errungenschaften für das Volk zu erhalten“ (junge Welt, 23.4.), die gerade endgültig abgeschafft werden. Offenkundig ist auch für sie selbstverständlich, dass die radikalen Reformen zu Lasten der Bevölkerung der richtige Weg zur Bewahrung des Fortschritts in schwerer Zeit sind. Weder sich noch ihren Adressaten geben sie mithin ordentlich Rechenschaft darüber, wie es um Kuba bestellt ist und was es heißt, wenn die kubanische Führung den Selbstbehauptungskampf des Staates als Verteidigung ihres Sozialismus begreift.

Die Veranstaltung zieht kritisch Bilanz über die Lage Kubas und die aktuellen Reformen, mit denen sie bewältigt werden soll; damit aber auch über die Weltmarkt- und Weltordnungsverhältnisse, in denen sich Kuba behaupten muss und will. Eine Staatsreform in Richtung Drittweltkapitalismus – im Interesse der nationalen Selbstbehauptung: Dahin hat es Kuba 50 Jahre nach der kubanischen Revolution gebracht. ◀

tert wird, das es zur erfolgreichen Wahrnehmung der „internationalen Verantwortung für Frieden und Freiheit“ braucht, so ist auch daran in einer entscheidenden Hinsicht bestimmt kein „neuer Trend“ auszumachen. Der vergleichende Rückblick auf die gute alte ‚Armee zur Landesverteidigung im Kalten Krieg‘, der in Anbetracht der „militärischen Lösungen“ angestrengt wird, weil die im Zusammenhang mit dem neuen Anforderungskatalog der Bundeswehr so unangenehm in Reichweite rücken, sollte besser nicht ausgerechnet die Hauptsache aus dem Auge verlieren: Auf ihren Einsatz im Krieg war die deutsche Armee mit ihrer Vorverteidigung und der atomaren Erstschlags-Kapazität des Bündnisses im Rücken schon auch seinerzeit hin organisiert. Die „militärische Lösung“, die damals für den nationalen Selbstbehauptungswillen Deutschlands alternativlos geboten war, sah nichts Geringeres als den Sieg in einem Weltkrieg vor. Bis zuletzt arbeitsbereit für den Erfolg in diesem Waffengang zu funktionieren und zuletzt auch noch mit eigenen strategischen Waffen für das Totrücken des Gegners zu sorgen: Das war für ein knappes halbes Jahrhundert der den Frieden sichernde Auftrag des deutschen Militärs. Nur wenn man das komplett ignoriert oder die Ideologie des deutschen Militarismus von damals, nur „zur Verteidigung im Ernstfall“ und damit recht eigentlich zum Nicht-Einsatz vorgesehen zu sein, für bare Münze nimmt, entdeckt man heute einen bislang ausgeschlossenen Übergang zur Kriegsführung.

2. Was die Transformation der Bundeswehr zu einer „Armee für internationale Einsätze“ betrifft, die mit einer „Militarisierung der Gesellschaft“ einhergehe, so ist in beiderlei Hinsicht zu bemerken, wie verfehlt die Subsumtion der Realität unter die abstrakte Dichotomie von Krieg und Frieden ist. Den Vorwurf, das zivile Leben mit dem üblen Geist des Kriegerischen zu durchsetzen, weisen Militärs und ihre politischen Befehlshaber zurück: Mit dem Wegfall der Wehrpflicht, der über fünf Jahrzehnte gepflegten Indienstnahme der Jugend für die Armee, wäre ja wohl das Gegenteil der Fall, weil nun endlich keiner mehr zum Dienst an den Waffen gezwungen wird. Um den Nachwuchs für ihr Freiwilligenkorps und ihren neuen Auftrag wirbt die heutige Bundeswehr auf ihrer Website damit, als einer der größten deutschen Arbeitgeber „qualifizierten Männern und Frauen ... vielfältige Karrierechancen“ zu bieten, „in Uniform und in Zivil“. Auch was das spezielle Handwerk betrifft, das dieses Großunternehmen exklusiv in seinem Repertoire hat, kann von Kriegslüsternheit und einem Hurra auf Mord und Totschlag im Staatsdienst überhaupt nicht die Rede sein. Auch wenn es Ausrutscher bei PR-Kampagnen gibt, die allzusehr den Rambo-gestählten jugendlichen Tatendrang ansprechen: Die werden gerade deswegen wieder aus dem Verkehr gezogen, weil die Nation es sich partout nicht absprechen lässt, den Einsatz ihrer militärischen Mittel allein dem Zweck Frieden zu reservieren. Ausschließlich und immer nur den zu „sichern“, „wiederherzustellen“, nötigenfalls auch zu „erzwingen“. Damit werben Militärs und

ihre politischen Auftraggeber für sich und ihre Taten. Wann immer sie laut über Kriegseinsätze nachdenken, dementieren sie, dass Krieg und Frieden einander ausschließen – und blamieren mit ihrer Berufung auf den Frieden, der ihnen wie überhaupt jedem am Herzen liegt, eine Kritik, die ihnen vorhält, dass es militaristischer Ungeist und nicht der Geist des Friedens wäre, der ihr Treiben leitet.

3. Das ist natürlich eine verlogene Schönfärberei – insofern, als von den auf dem Weg zu diesem schönen Frieden produzierten Leichen und Verwüstungen schlicht nicht die Rede ist. Aber auch nur insofern. Denn ansonsten haben die Gewalttäter und ihre Auftraggeber gar keinen Grund zu lügen. Überhaupt hat es in der Geschichte der verstaatlichten Menschheit noch nie einen Krieg gegeben, der nicht um des Friedens willen geführt worden wäre, an dem einer Kriegspartei nachdrücklich gelegen war: Para bellum! hieß schon bei den alten Zynikern des

Audiomitschnitte von GEGENSTANDPUNKT-Vorträgen als mp3-Download auf [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de) & [www.farberot.de](http://www.farberot.de)

Römischen Imperiums die korrekte Antwort auf die Frage, mit welcher staatsmännischen Kunst für den Frieden zu sorgen sei. Man mag die offiziell propagierte Gleichung von Krieg und Frieden für eine hoch problematische bis unzulässige „Neudefinition von ‚Frieden‘ und ‚Konfliktlösung‘“ (IMI-Analyse 2010/029) halten, und auch den Umstand, dass „wir“ nur immer helfend und reagierend in anderer Länder Konflikte eingreifen, als Rechtfertigungslüge für die Gewalt durchschauen, die mit diesem Humanismus auf die Tagesordnung gesetzt wird. Man sollte dabei aber schon auch zur Kenntnis nehmen, dass sich deutsche Militärs und Politiker mit ihrem Orwellschen Quidproquo ganz und gar nicht der Lächerlichkeit preisgeben und sich schon gleich nicht bei einer insgeheim bösen Absicht entlarvt wissen, die sie mit demonstrativ guten Werken nur verdecken wollten. Wenn sie davon reden, dass „Entwicklungen in Regionen an Europas Peripherie und außerhalb des europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraumes ... unmittelbar Einfluss auf die Sicherheit Deutschlands entfalten“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2011) können, und der Verteidigungsminister darauf insistiert, dass Deutschland dieser „Vielzahl von Risiken und Abhängigkeiten“ nur immer „zu begegnen“ hat, dann reflektiert dies den politischen Standpunkt, von dem aus diese Weltmacht des Friedens unterwegs ist: Deutschland will in der Tat nirgendwo auf der Welt im Namen seiner sicherheitspolitischen oder sonstigen Interessen als kriegsführende Partei einsteigen – weiß sich dafür aber in allen „Krisen“ und „Konflikten“, von denen man die eigenen „vitalen“ Belange tangiert sieht, zu „Lösungen“ berufen, die in den Zuständigkeitsbereich des Militärs fallen. Man sollte das nicht als Camouflage finsterner Absichten verharmlosen und vor der Vorstellung eines unbedingten kriegerischen Eingriffswil-

## POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ)  
Raum K1, K2, K3 (im 1. Stock) oder K4 (im 2. Stock)  
Zeit donnerstags um 19 Uhr  
12.4. / 19.4.2012 (aktuelle Termine immer auf [www.farberot.de](http://www.farberot.de))

Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

Informationen zu weiteren Städten auf [www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html](http://www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html)



lens erschrecken, der in Wahrheit hinter diesem Gestus weiser weltpolitischer Selbstbeschränkung steckt, sondern ganz nüchtern und sachlich den Anspruch und das Selbstverständnis zur Kenntnis nehmen, mit dem diese Nation auf dem Globus herumfuhrwerk: Deutschland maß sich die Rolle eines über allen Parteien stehenden weltpolitischen Oberschiedsrichters an, der sich nicht nur ideell zum moralischen Richter über fremde Herrscher berufen weiß, sondern auch dazu, das Unglück praktisch zu beheben, das „Diktatoren“ hier und „Tyranen“ dort, ein zerfallender Staat an der einen oder ein schon zerfallener an der anderen Stelle der Menschheit beschert – wann immer dies eben für Deutschland geboten erscheint. Von diesem Standpunkt imperialistischer Überlegenheit aus, der sich mit allen hohen moralischen Werten ins unbedingte Recht setzt, bezieht sich diese Friedensmacht auf das Weltgeschehen. Sie prüft sämtliche Krisenregionen der Welt unter dem Gesichtspunkt durch, ob und wie durch sie deutsche Interessen und Rechte betroffen sind und gegebenenfalls das praktische Engagement der Macht verlangen, die

### Die Friedensmacht Deutschland sorgt mit Interventionskriegen für den Frieden, den sie haben will

sich einfach herausnimmt, als ordnender, kontrollierender und regelnder Akteur in aller Herren Länder einzugreifen und es dabei schon zu elf „friedenserhaltenden, stabilisierenden und friedenserzwingenden Operationen“ (Bundeswehr-Website) bringt: Offensichtlich beansprucht sie nicht nur, eine militante Eingriffsmacht zu sein – zu diesem „neuen deutschen Selbstbewusstsein“ ist diese Macht auch fähig. Wie es um den engen Zusammenhang von Krieg und Frieden bestellt ist, den die für strikte Trennung plädierenden Friedensfreunde und Militärkritiker nicht wahrnehmen wollen, führt diese Nation mit ihrer Bundeswehr praktisch vor. Sie greift, wo immer sie es für nötig und militärisch für durchführbar erachtet, wie eine internationale Polizeimacht in den Gewalthaushalt anderer Länder ein, sorgt mit Interventionskriegen für den Frieden, den sie haben will – so dass man besser davon Abstand nimmt, den Frieden abstrakt von seinem politischen Gehalt zu denken und die leere Idee des Nicht-Kriegs zum Bezugspunkt seiner Kritik am Krieg zu küren.

4. Was Deutschland sich da herausnimmt, kann sich freilich nicht jede Macht herausnehmen, und das wirft ein wenig Licht auf die tatsächliche Verlogenheit dieses deutschen Interventionismus. Zum „Eingreifen“ in die diversen „Ordnungsfälle“ der Welt sieht man sich von selbst berufen, für „Konfliktlösung“ weiß man sich per se zuständig – mit dem Zustandekommen der Verhältnisse und Konflikte aber, die den dringenden Regelungsbedarf für deutsches Militär aufwerfen, will man keinesfalls etwas zu tun haben, und da macht sich diese Nation schon sehr viel kleiner, als sie ist.

Um das Recht auf weltpolitische Aufsicht und Kontrolle zu vollstrecken, das sie ganz selbstverständlich wahrnimmt, braucht es zu allererst ein überlegenes Militär. Das setzt seinerseits voraus, dass eine Nation, die sich so aufstellt, jede Menge Reichtum und Macht angesammelt hat, und so eine Nation ist dieses Deutschland. Die hat sich mit ganz viel Geschäften bei sich zu Hause

und im Rest des Globus genau die Spitzenstellung erobert, von der aus sie auf die zivile Welt als eine einzige Quelle der Akkumulation ihrer Macht und ihres Reichtums Zugriff nimmt. Die Position der überlegenen imperialistischen Aufsichtsmacht, die Deutschland und seine Politiker sich anmaßen, beruht auf dem ökonomischen Erfolg dieser Nation, den sie sich gegen ihre Konkurrenten und auf deren Kosten erkämpft hat und weiterhin erkämpfen will. Deswegen muss sie die politische Ordnung, die ihre Geschäftsgrundlage ist, auch beständig unter Kontrolle halten, wenn es die Lage gebietet, eben auch militärisch: Das ist für eine erfolgreiche imperialistische Macht die unabdingbare Voraussetzung ihres weiteren Erfolgs. Das Zivile, das alle Welt Frieden nennt und um dessen Reparatur und Aufrechterhaltung es bei deutschen Militäreinsätzen erklärtermaßen geht, liefert so die Gründe einer weltumspannenden Zuständigkeitserklärung deutscher Politik für die Belange fremder Herrschaften wie die Mittel für eine militärische Praxis, die das Interesse gewaltsam exekutiert, das Deutschland im Bedarfsfall für „vital“ verletzt befindet. Sich auf diesen zivilen Zustand als Einwand gegen deutsche Kriege und die „Militarisierung“ der deutschen Gesellschaft zu berufen, ist ein verhängnisvoller Fehler, der über die Vorstellung nicht besser wird, der „weltpolitischen Verantwortung“, der diese Nation unbedingt gewachsen sein will, könnte doch auch, wenn man's nur richtig macht, mit friedlichen Mitteln Rechnung getragen werden. Mit dieser „Verantwortung“ verhält es sich nicht anders als mit dem Anspruch, überall auf dem Globus für Frieden zuständig zu sein: Sie zu übernehmen, die eingerichtete Weltordnung nach eigenem und dem Willen der Völkerfamilie zu behüten, zu ordnen und im Bedarfsfall auch ein wenig umzuordnen, kann in dieser Welt nicht jeder – ein weißrussischer Präsident zum Beispiel von vorneherein nicht. So etwas ist schon exklusiv den potenten Mitgliedern jener Allianz – von nicht zufällig: Höchsten Gewalten – vorbehalten, die über alle Fragen von Krieg & Frieden die Entscheidungshoheit besitzen und wahrnehmen, erst jüngst wieder in Libyen. Das tun sie ausschließlich in humanitärer Mission und machen sich dabei, so lächerlich das auch ist, weltpolitisch schon wieder ganz und gar nicht lächerlich: Der Standpunkt der überlegenen imperialistischen Gewalt wird durch den moralischen Titel, auf den er sich beruft, immer nur verhimmelt und nie blamiert, schon gleich dann, wenn die Gewalt mit ihrem Erfolg im Krieg auch zeigt, wie überlegen sie ist.

5. Was schließlich die „Militarisierung“ des Geistes an Universitäten und in der Öffentlichkeit betrifft, so ist es, mit Verlaub, schon ein wenig albern, zu Nachweiszwecken den „dual-use“ der Knalltrauma-Forschung oder Ballistik zu bemühen und Personal aus Bundeswehrhochschulen und Sicherheitskonferenzen in kriegshetzerischer Mission enttarnen zu wollen. In einer Nation, die sich dermaßen offensiv zu ihrem imperialistischen Aufsichtsrecht bekennt und dazu, es in Zukunft auch entschlossen und vermehrt wahrnehmen zu wollen, gibt es streng genommen nichts an ökonomischen und wissenschaftlichen Leistungen, das nicht auf seine Weise für den politischen dual-use einer überlegenen Eingriffsmacht seinen funktionellen Beitrag leisten würde. Aus der Inanspruchnahme aller Produktivkräfte, über die sie herrschaftlich

verfügt, der materiellen wie der ideellen, bezieht diese Nation den Erfolg, der die Grundlage ihrer imperialistischen Macht und aller Aufsichtsrechte und -pflichten ist, die sie sich weltweit herausnimmt, so dass, wer den Krieg kritisieren will, um eines einfach nicht herkommt: Ohne die Kritik am herrschaftlich eingerichteten zivilen Leben, wie es in einem Kapitalstandort gang und gäbe ist, ist die Kritik an den Exzessen der souveränen Gewaltsamkeit, die die Führer der Nation im Interesse derselben bisweilen für nötig erachten, schlicht und ergreifend nicht zu haben. Im Zusammenhang mit Bundeswehroffizieren im Lehrbetrieb und Militärdiplomaten auf Honorarprofessur-Stühlen sollte man diesen Grundsatz gleichfalls beherzigen. Denn es sind ja nun unbestreitbar höchst zivile RepräsentantInnen der

deutschen Öffentlichkeit, denen der Standpunkt einer überlegenen imperialistischen Aufsichtsmacht sehr gern zu Kopf steigt; bisweilen so, dass sich ihnen gegenüber hartgesottene Kommissköpfe wie feige Zauderer ausnehmen. Wenn die, wie neulich in Libyen und jetzt schon wieder im Fall Syrien, der Auffassung sind, Deutschland dürfe „keinesfalls überstürzt handeln“ und für „Zurückhaltung“ und „Besonnenheit“ plädieren, dann fragen die hübschen Moderatorinnen von ARD und ZDF äußert aufgeregt nach, ob nicht die Verantwortung, die Deutschland trägt, das Mitschießen im Krieg geradezu gebietet. Um eine friedliebende Öffentlichkeit „auf Kriegskurs zu bringen“, braucht es in einer freiheitlichen Demokratie wahrlich keinen Marsch des Militärs durch Schule und andere Institutionen. ◀

## GEGENSTANDPUNKT im Radio

### radio x Frankfurt

FM: 91,8; Kabel: 99,85  
Livestream: [www.radiox.de](http://www.radiox.de)

1., 3. und 5. Mo. 15 bis 16 Uhr  
Wiederholung Di. 9 bis 10 Uhr

### Aktuelle Sendungen:

- **Wulff entsorgt – Gauck gekürt**  
Ein demokratisches Volks- und Staatsschauspiel über Macht und Moral
- **Warum und wie die USA den Iran von seinem Atomprogramm abbringen will**
- **Griechenland – Vorbild für produktive Verelendung**

mp3-Download: [www.farberot.de](http://www.farberot.de)

### Radio Unerhört Marburg

Antenne: 90,1; Kabel: 107,25  
Livestream: [www.radio-rum.de](http://www.radio-rum.de)

Mi. 18:30 Uhr, Wiederholung  
Do. 00:30 Uhr und 13:30 Uhr  
Fr. 19 bis 20 Uhr, 14-tägig  
Wiederholung Mo. 6 Uhr

### IDEOLOGIEKRITIK

## „Taste the Waste“ – Ursachenforschung in Sachen Welthunger: Ist unsere Wegwerf-Mentalität schuld?

Ein Film, neulich in den Kinos, beleuchtet eine Seite „unserer Wirtschaftsweise“, die eigentlich niemand gut findet, die umfangreiche Vernichtung von Lebensmitteln, und bemüht sich um die Zusammenfassung einer Debatte, an der sich ein paar Wochen lang auch die zuständige Ministerin und die Öffentlichkeit beteiligen:

„Mehr als die Hälfte unserer Lebensmittel landet im Müll. Allein in Deutschland werden jährlich bis zu 20 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen – das sind 500 000 Lastwagen voll. Das Essen, das wir in Europa wegwerfen, würde zweimal reichen, um alle Hungernden der Welt zu ernähren.“ (Zitate aus dem Film oder dem Buch zum Film: Die Essensvernichter, Klappentext)

Der Film liefert eine Darstellung der Vernichtung von Lebensmitteln und recherchiert die Umweltschäden, die im Zuge der Vernichtung von Lebensmitteln angerichtet werden, in drastischen Bildern, die betroffen machen sollen: Herrliche Tomaten werden von einer Müllanlage zu einem widerlichen Matsch verpresst, Arbeitskraft und Umwelt werden sinnlos vergeudet. Und der Schaden reicht bis in die Zukunft: das Klima wird durch Abholzen der Regenwälder zugunsten der Nahrungsmittelproduktion geschädigt und zusätzlich durch das Methan, das verrotende Lebensmittel freisetzen. Man erfährt: Das Problem ist riesig, global und betrifft „uns alle“.

Die Sache scheint klar: Wo so viel weggeworfen wird, wird zu viel produziert. Aber: Zu viel wofür? Ob der weggeworfene Warenüberschuss zu viel für den Appetit der Hungernden auf der Welt gewesen wäre, wird man nie erfahren: Denen wurde das Zeug ja nicht angeboten. Ob zu viel für das Geschäft mit Nahrungsmitteln produziert wurde, ist die Frage. Es ist nicht schwer, dem Film zu entnehmen, wie es zu der dargestellten umfangrei-

### Wann was wo entsorgt wird, ist mit spitzem Stift durchkalkuliert

chen Vernichtung von Essbarem kommt. Weggeworfen wird es nicht aus Gedankenlosigkeit oder Nachlässigkeit. Wann was wo entsorgt wird, ist mit spitzem Stift durchkalkuliert. Die Vernichtung von Lebensmitteln wird als Teil der Geschäftskalkulation vorgeführt, die Lebensmittelproduzenten,

Handelsketten und Supermärkte anstellen. Weggeworfen wird, damit mit den übrigbleibenden Lebensmitteln erreicht wird, worauf es ankommt, eben der Gewinn der mit der Herstellung und Vermarktung befassten Firmen: Das Aussortieren von angegammelter Ware kostet Arbeit und Lohn, sodass es sich eher rechnet, eine ganze Steige wegzuzuwerfen; krumme Gurken passen nicht in gerade Kisten, sodass sie wegen erhöhter Verpackungs- und Transportkosten gleich gar nicht geerntet werden; der Transport aus aller Herren Länder bringt gewisse Unwägbarkeiten mit sich, sodass die Bohnen aus Kenia bei ihrer Ankunft im Großmarkt von Paris schon teilweise verdorben sind – den Kenianern hätten sie frisch geerntet sicherlich geschmeckt, aber für die waren sie nie gedacht; die Brotregale müssen bis zum Ladenschluss gefüllt sein, sonst landet der Kunde bei der Konkurrenz, also wird um 20 Uhr alles weggeworfen, was nicht verkauft wurde; im Supermarkt ist die neue Ware schon da, das Verfallsdatum der alten noch nicht abgelaufen, entsorgt wird sie trotzdem, sie verkauft sich nicht mehr, usw. usw.

Also: Mit der massenhaften Entsorgung der Lebensmittel werden die zur Herstellung aufgewendete Arbeit und die natürlichen Ressourcen, die in ihre Produktion eingehen, für null und nichtig erklärt, weil sich ihr Verkauf nicht lohnt. Der Nutzen, den die Produkte stiften könnten, kommt nicht zustande, weil er vor diesem harten Maßstab nichts gilt. Die stoffliche Seite der Waren ebenso wie die Bedürfnisse der Leute, die damit befriedigt werden könnten, zählen nur, wenn sie sich „rechnen“.

Der Film illustriert diesen ganz normalen ökonomischen Wahnsinn der marktwirtschaftlichen Produktion, will ihm aber keineswegs den offenkundig bedingungslosen Vorrang der in Geld berechneten Rentabilität des Lebensmittelgeschäfts vor den sachlichen Mitteln der Bedarfsdeckung entnehmen, von denen die Bedürftigen ausgeschlossen bleiben, wenn mit ihrer Versorgung kein Geschäft zu machen ist. Er entdeckt stattdessen ein Versäumnis, wenn massenhaft brauchbare Ware vernichtet wird und zugleich die globalen Ressourcen überstrapaziert (sind), sich dem Ende zuneigen und doch immer mehr Menschen versorgen müssen. ▶

## ARBEITSKREIS KAPITAL

Karl Marx

### Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie

Erster Band

(Ausgabe: MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6)

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K1, K2 oder K3 (im 1. Stock)

Zeit mittwochs um 19 Uhr  
18.4. / 2.5. / 9.5. / 16.5. / 30.5. / 6.6. / 13.6.2012  
weitere Termine nach Vereinbarung

Veranstalter: farbeROT



# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

## 1-12

Aufbruch ins pazifische Jahrhundert, Reset mit Russland

## Die USA erneuern ihren globalen Führungsanspruch

Die Notwendigkeit eines ‚Change‘ auf dem Feld der Außenpolitik begründet Präsident Obama schon seit seinem Amtsantritt mit Verweis auf die problematische Lage der Vereinigten Staaten in der Welt, die das Land den Fehlern der Bush-Regierung zu verdanken habe: Deren Kriege hätten statt einer Neuordnung vielmehr unproduktive Frontstellungen in der Welt befördert und Gottes eigenem Land Lasten aufgeladen, an denen es in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg schwer zu tragen habe. Vor allem aber hätten solche politischen Irrwege die USA abgelenkt von den eigentlichen Aufgaben echter globaler Führung. Die hält Obama selbstverständlich für angemessen und dringlich: *The time for our leadership is now.*

Inzwischen hat er einigermaßen klargestellt, was das heißen soll: Die USA sind global präsent, beziehen also alle Problemlagen der Welt mit allem Recht, das ihnen ihre Macht gibt, auf sich. Sie sind mit ihren ökonomischen und politischen Ansprüchen und ihrer Militärgewalt in jeder Weltgegend der große, überlegene Nachbar aller Nationen, der denen Kooperationen anzubieten hat, in denen die jeweils ihre Interessen verfolgen können – mit Blick auf und in Abstimmung mit den Vereinigten Staaten. Das heißt nichts anderes, als dass die USA die politischen Subjekte der Völkergemeinschaft in einem System von Ermächtigung und Beschränkung dauerhaft auf sich als die Führungsmacht bezieht, die Anrechte zuteilt und für eine entsprechende Geschäfts- und Gewaltordnung mit ihren alten überlegenen Gewaltmitteln einsteht. So der Führungsanspruch, den Obama verfolgt.

In diesem Sinne eröffnet er mit dem programmatisch angekündigten erneuerten Auftritt der USA als **pazifischer Macht** der aufstrebenden Konkurrenzmacht **China** das Angebot wie die Zumutung, sich in ein amerikanisch gestiftetes System ökonomischer, politischer und strategischer Beziehungen einzuordnen, die sowohl auf erweiterte wirtschaftliche Öffnung Chinas für US-Kapital wie auf die Schaffung einer pazifischen Wirtschaftszone nach US-Vorgaben und zugleich auf Chinas militärische, strategische und rüstungsdiplomatische Einhegung abzielen. Entsprechend verfährt Obama auch mit **Russland** – das wie China die Sicherheit seiner Interessen selbst garantieren kann und will. Es soll einsehen, dass der amerikanische Raketenschirm, der Russlands Militärmacht entwerten soll, keinesfalls gegen Russland gerichtet ist, dass das russische Interesse an Sicherheit eigentlich bei der NATO und das an kapitalistischer Entwicklung in einer amerikanisch geregelten Weltmarktordnung in besten Händen wäre...

Das Verlagsprogramm und weitere Artikel stehen im Internet unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com).

Auf den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags sind *kostenlose Probeexemplare* der Zeitschrift erhältlich.

### Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht  
Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg  
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • MARBURG: Elwert • Roppel • Roter Stern • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Einzelpreis 15,00 € 168 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

**Taste the Waste ▶** Den systembedingten Irrsinn, den sie dokumentieren, halten die Autoren von Buch und Film für so etwas wie eine Zweckverfehlung, die sich – mit ein wenig gutem Willen – problemlos aus der Welt schaffen ließe, ohne dass sich an den eingerichteten ökonomischen Sachnotwendigkeiten groß etwas zu ändern bräuchte: Sie konfrontieren einfach den „Zynismus“ der Lebensmittelvernichtung aus Preis- und Kostengründen mit äußerst wohlmeinenden Zwecken, um die es im weltweiten Nahrungsbusiness – wie vom Film selbst dokumentiert – zwar an keiner Stelle geht, aber nach ihrer Auffassung dringend gehen sollte: um Versorgung von Menschen bei globaler Ressourcenschonung.

Dass die kapitalistische Ernährungsindustrie diese guten Zwecke, die sich die Filmemacher von ihr wünschen, die sie aber nach ihrem kritischen Urteil nie gehabt hat – „Konzern haben keinerlei Interesse an einer Einschränkung des Konsums und einer Begrenzung der Produktion. Raubbau an der Natur und Wegwerfmentalität sind ihre Markenzeichen und sichern den Geschäftserfolg“ – fortwährend mit Aplomb verfehlt – diesem Beweis

#### Den systembedingten Irrsinn halten die Autoren für eine Zweckverfehlung

widmet sich der Film und mit „Wegwerfmentalität“ deutet sich der Weg auch schon an, auf dem den gebrandmarkten üblichen Zuständen abzuweichen wäre. Weniger Konsum, das würde der geschundenen Natur helfen, und zugleich eine unselige Einstellung verändern, die, wie sich herausstellt, weniger das „Markenzeichen der Konzerne“ ist, als viel mehr „unsere“ moralische Haltung zu den Lebensmitteln kennzeichnet:

„Warum haben die Menschen in den sog. ‚entwickelten‘ Ländern die Wertschätzung für das Essen verloren? Das mag damit zusammenhängen, dass die Nahrungsmittel immer billiger werden.“

Dieselben Autoren, die die verächtliche Rolle, die den Bedürfnissen der Leute selbst dann, wenn sie massenhaft verhungern, und den Gebrauchswerten, die das verhindern könnten, vom Geschäftsinteresse zugewiesen wird, ausgiebig illustrieren, halten gegen alle Fakten das Geschäft mit der Ernährung für einen Dienst an diesen materiellen Bedürfnissen der Menschheit, der dazu noch ausgesprochen übertrieben ausfällt: Zu viel Konsum als Problem „unserer Wohlstandsgesellschaft“!

Dass und wie das Wegwerfen von Nahrungsmitteln seinen Platz in der Kalkulation der Firmen hat und insofern das Vernichten von Gebrauchswerten Teil der Kostensenkungsstrategien bei der kapitalistisch-industriellen Großproduktion von Essen ist, führt der Film selbst vor. Auch, dass Billigproduktion darauf zielt, möglichst viel von der beschränkten Kaufkraft des Massenpublikums in die eigenen Kassen anstatt in die der Konkurrenz zu lenken, also die großen Supermarktketten im Kampf gegeneinander an der *Armut* dieses Publikums zu verdienen trachten, und ihre Kundschaft dabei mit wenig Qualität und viel Gift, ohne das billige Massenprodukt nicht zu haben ist, bedienen. Und dann wollen die Filmemacher das alles als das genaue Gegenteil verstanden haben, nämlich als eine große Verwöhnungsaktion, die allzu preiswerten Überfluss stiftet und dadurch die guten Sitten und die Moral verdirbt, die beim Essen und bei der Rettung des Planeten so wichtig sind! Die „Wertschätzung“ des täglichen Brotes ist im Eimer – ein Gegenstandswech-

Den Fortschritten der **Krise und Krisenkonkurrenz der Euro-Staaten** widmen sich zwei Artikel:

## Der Fiskalpakt – Europas Wunderwaffe gegen die Krise

Die Beschlüsse, ihr staatliches Haushaltsgebaren verbindlich an dem kritischen Urteil der Finanzmärkte über die Euro-Staatsschulden auszurichten, enthalten das Eingeständnis, dass die Finanzmärkte den Euro-Staaten die Anerkennung ihrer Schulden als verlässliche zinsbringende Finanzvermögen zunehmend verweigern – dass es auf diese geschäftliche Anerkennung für ihre staatliche Finanzmacht aber ankommt. Dem wollen die Euro-Staaten – neben neuen Milliarden Garantien für die Finanzwelt mit einem Regime beikommen, das ein ‚Zuviel‘ an staatlicher Haushaltsverschuldung zurückführen will, um finanzkapitalistisches ‚Vertrauen‘ zurückzugewinnen, nach der Devise: keine Staatsausgaben, die sich nicht kapitalistisch rechnen! Die Massen müssen dafür geradestehen.

## Expertenregierungen für Europas Pleiteländer

### Staatliche Souveränität mit Haushaltsschulden in Zeiten der Euro-Krise

Im Zeichen nationaler Überschuldung setzen Italien und Griechenland – von den noch kreditmächtigen Euro-Staaten unter deutscher Führung tatkräftig drangsaliert – Expertenregierungen ein und so die kapitalistische Staatsräson mit allen negativen Konsequenzen einer solchen rigorosen Krisenpolitik gegen Land und Leute und gegen alle inneren Widerstände durch.

## Kubas jüngster „Aufbruch zum Sozialismus“

Staatlich organisierter Drittweltkapitalismus

Sahra Wagenknechts Hit

„Freiheit statt Kapitalismus“ – damit der „kreative Sozialismus“ den Kapitalismus wieder auf Vordermann bringt!

Rechtsradikaler Terror: Eine Runde Schämten für Deutschland • „Taste the Waste“ – Ursachenforschung in Sachen Welthunger • Zukunft der Arbeit: nicht ohne Mehrarbeit und Billiglohn! • Eine Klausel für den Frieden – kein guter Einfall! • Ein Update fürs zeitgemäße Russland-Bild • Klimaverantwortung in der Staatenkonkurrenz • Wie ein Bundespräsident demontiert und ein neuer gekürt wird • „Der Gegenstandspunkt“: Woran ein Freigeist eine Sekte erkennt

sel, der alle Folgen der kapitalistischen Subsumtion des Gebrauchswerts unter das Regime der Geldvermehrung zur kompetenten Bewirtschaftung an die Adresse derer verweist, die mit ihrer Zahlungskraft für nichts anderes vorgesehen sind, als dem Prinzip in letzter Instanz zum Erfolg zu verhelfen, das dermaßen auf ihre Kosten geht:

„Mit unserem Essverhalten und unserer Wegwerfmentalität tragen wir erheblich zur Klimaerwärmung bei. Jeder Konsument verbraucht über die Ernährungskette hin gesehen jede Menge Energie für sein Essen.“

Geschäftsbewegung, vom Anhängsel und Objekt kapitalistischer Vermarktungsstrategien zum sittlich fragwürdigen Subjekt befördert, das mit seiner verschwenderischen „Mentalität“ den Planeten in die Scheiße reitet.

So haben am Ende des Filmes alle – mit Ausnahme der paar Millionen Leute in den Hungergebieten Afrikas und anderswo, die gar nicht essen – mit der Verantwortung zu leben, *mitschuldig* an der großen Nahrungsverschwendung und deren Folgen für den Planeten zu sein: Die Hersteller und Lieferanten, die „uns Verbraucher“

mit „immer besseren Angeboten verführen und verziehen“, viel zu niedrige Preise von uns verlangen und uns dadurch zu übermäßigem Konsum und „Wegwerfmentalität“ erziehen; und eben „wir“, die wir mit unseren „Gewohnheiten und Vorlieben“ dem problematischen „Geschäftserfolg der Konzerne“ Vorschub leisten. Zusammen heißen wir dann „System“ – weil es in dieser verantwortungsvoll antikritischen Analyse des kapitalistischen Ernährungsgeschäftes selbstredend „*nicht einen Schuldigen gibt*“ –, wenn wir alle „*mittendrin stecken*“. Damit wir da nicht auf immer und ewig stecken bleiben, sollen wir uns eine neue „*Acht-samkeit*“ gegenüber unseren Joghurts und Schweinebraten zulegen, und überhaupt gegenüber all den schönen Gebrauchswerten, mit denen „*das System*“ unser Dasein auf so problembeladene Weise bereichert. Kritische Selbstreflexion bei der Warenkunde – wenn's weiter nichts braucht zu seiner Rettung, kann der Planet ja getrost aufatmen. ▶

### VORTRAG & DISKUSSION

#### Die Menschenrechte

Heiligenschein und diplomatische Waffe der Staatsgewalt

Frankfurt

Mi. 23. Mai 2012

Gewerkschaftshaus,  
Wilhelm-Leuschner-Str. 69  
Beginn: 19 Uhr

Marburg

Do. 24. Mai 2012

Kulturladen KFZ,  
Schulstr. 6  
Beginn: 20 Uhr

Eintritt frei!

So viel Ehre für die trostlose Figur des Konsumenten! Nur weil er essen muss, sich dafür sein Einkommen einteilen und – je geringer dieses ausfällt, desto mehr – bei den Sonderangeboten der Supermärkte zugreifen muss und dafür nicht zu knapp Pestizide und Antibiotika einkauft, wird er, ganz so, als hätte er sich genau das alles selber ausgesucht, vom Schwanz der kapitalistischen